

**Rede von
IHK-Präsident Andreas Schmitz
zum Neujahrsempfang der IHK Düsseldorf
am 08. Januar 2024**
(Es gilt das gesprochene Wort!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich begrüße Sie alle – und ich betone: alle – auf das Herzlichste zu unserem IHK-Jahresempfang 2024. Und da das neue Jahr erst acht Tage alt ist, wünsche ich Ihnen und Ihren Familien und Freunden darüber hinaus ein gesundes, erfolgreiches, aber vor allem friedvolleres Jahr 2024.

Da Letzteres angesichts der aktuellen Verhältnisse höchstwahrscheinlich ein frommer Wunsch bleibt, möchte ich Johann Wolfgang von Goethe zitieren aus seinem

Faust 1. Teil. „Nichts Besseres weiß ich mir an Sonn- und Feiertagen, als ein Gespräch von Krieg und Kriegsgeschrei, wenn hinten, weit, in der Türkei die Völker aufeinanderschlagen. Man steht am Fenster, trinkt sein Gläschen aus und sieht den Fluss hinab die bunten Schiffe gleiten. Dann kehrt man abends froh nach Haus und segnet Fried und Friedenszeiten.“ Aus diesem Zitat folgt für mich Zweierlei: Seien wir dankbar dafür, dass wir in Deutschland trotz aller politischen Querelen in einer friedlichen Umgebung leben. Denken wir aber gleichzeitig auch an diejenigen Staaten und ihre Bürger, die grundlos angegriffen und mit beispiellosen Terrorakten überzogen wurden. Oder besser noch: denken wir nicht nur an sie, sondern handeln wir entsprechend, in dem wir ihnen alle möglichen und notwendigen Unterstützungsmaßnahmen zukommen lassen. Dies sind wir ihnen, aber auch unserer eigenen Geschichte schuldig.

Gedenken möchte ich hier und heute aber auch einem besonderen Menschen, unserer Kollegin im Präsidium der IHK, Christina Begale. Sie ist für uns alle überraschend, und viel zu früh nach kurzer, aber schwerer Krankheit am 1. Weihnachtstag verstorben und heute Morgen zu Grabe getragen worden. Ihr Engagement für die Stadtgesellschaft sowie ihren beherzten Einsatz für die regionale Wirtschaft werden wir vermissen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dies ist nunmehr meine achte Rede zu einem Jahresempfang der IHK Düsseldorf. „As times goes by“ kann man nur sagen. Vieles wurde im Laufe der Jahre angesprochen und thematisiert. Von A wie „America first“ und der Merkelschen Alternativlosigkeit, über das Corona-Virus

und seine Folgen für Wirtschaft und Gesellschaft bis zu Z wie „Zeitenwende“ ausgelöst durch den Überfall Russlands auf die Ukraine.

In diesem Jahr möchte ich mich vornehmlich mit Deutschland beschäftigen, einem Land zwischen wirtschaftlicher Vernunft und politischer Torheit. In früheren Reden war ich diesbezüglich noch nett und höflich, heute bin ich ehrlich. Das heißt aber auch, dass ich ab und zu das einem IHK-Präsidenten zu Sagen Erlaubte verlasse, und Sie daher bitten darf, meine nachfolgenden Aussagen als meine ganz persönlichen Bemerkungen zu werten.

Beginnen wir mit der Aussage, dass wir in Deutschland kein Einnahme-, sondern ein Ausgabeproblem haben. Ob globale Rezession nach dem Beinahe-Kollaps des

Bankensystems, ob Pandemie oder Energiepreisschock – die jeweilige Regierung, und dies ist beileibe kein deutsches Phänomen, bekämpfte alle Probleme mit Unsummen von Geld. Getreu dem verinnerlichten Grundsatz: Viel hilft viel. Die deutsche Schizophrenie besteht nun darin, dass Deutschland beides sein wollte, Stabilitätsanker in Europa mittels Schuldenbremse und Weltmeister in der Bekämpfung von Jahrhundertkrisen mit Steuermitteln.

Schon die große Koalition unter Merkel begann, die Konsumausgaben aufzublasen. Darüber hinaus hinterließ sie katastrophale Baustellen – bei der Energiepolitik, bei der Infrastruktur, bei der Verteidigung und bei der Einwanderung. Dass es noch schlimmer kommen könnte, hielt kaum jemand für möglich. Aber unter dem Zauberlehrling Olaf Scholz, getreu seinem arg

strapazierten Motto. „You never walk alone“, ging es geradezu sintflutartig weiter: Gaspreisbremse, 49-Euro-Ticket, Tankrabatt, eine üppige Erhöhung der Sozialhilfe bzw. Bürgergeld, bis hin zur Kindergrundsicherung mit ihren bis zu 5.300 neuen Stellen.

Die Ampelpartner glauben, dabei mehr oder weniger alles richtig gemacht zu haben. Dabei wurde nicht der Wohnungsbestand erhöht, sondern das Wohngeld. Auch bekommen unsere Kinder nicht mehr Bildung, sondern ihre Eltern mehr Geld. Des Weiteren wurde unser Strom zwar dreckiger, dafür aber staatlicherseits billiger.

Begleitet durch einen Ton der alarmierten Alternativlosigkeit wurden mit großem Kaliber „Bazooka“ und „Doppel-Wumms“ alle Hindernisse platt gemacht. Entweder sie dürfen mit Geld um sich werfen, oder die

Welt geht unter. Exemplarisch lässt sich das am Klimawandel studieren. Wer die Sinnhaftigkeit von milliardenschweren Subventionen anzweifelt, sieht sich dem Vorwurf ausgesetzt, er gefährde das Überleben der Menschheit.

Dem System der untereinander vernetzten Schattenhaushalte hat nun das Bundesverfassungsgericht mit seinem Urteil vom 15. November einen Riegel vorgeschoben, in dem es auf einen grundgesetzkonformen Etat pocht. Und da die Einnahmen des Staates, gemessen am BIP, so hoch wie noch nie sind, verwundert das unwürdige Geschacher zwischen den Koalitionären der Ampel zur Aufstellung eines verfassungsgemäßen Haushalts doch sehr. Der Einsparungsmöglichkeiten oder sinnvolleren Investitionsmöglichkeiten gibt es viele. Allein der 12

Milliarden Euro große Etat des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) beinhaltet so einiges, was man hinterfragen kann. Und da wir heute mit Mona Neubauer und Herbert Reul zwei Landesminister unter unseren Gästen haben, - die ich hiermit auch herzlich begrüßen möchte - könnte ich mir vorstellen, dass mit den für den Radwegeausbau in Peru vorgesehenen 300 Millionen Euro sicherlich auch eine äquivalente Investitionsmöglichkeit in Deutschland zu finden wäre. Auch wüsste ich die zig Millionen, die nach Serbien zur Korruptionsbekämpfung gehen sollen, lieber in die deutsche Polizei investiert.

Meine Damen und Herren, an dieser Stelle ist auch mal ein großes Lob an unsere, am Pragmatismus ausgerichtete Landesregierung angebracht, die nach

innen heftig und rege miteinander diskutiert, nach außen aber geschlossen kommuniziert.

Nun galt es also 17 Milliarden Euro einzusparen, das sind weniger als 4% des Bundeshaushaltes. Da aber die SPD nicht an die Sozialausgaben ran wollte, die Grünen nicht an die Energiewende und die FDP die Schuldenbremse einhalten wollte, startete die Operation „Die Quadratur des Kreises“.

Nach fast einem Monat quälender, zum Teil öffentlich ausgetragener Diskussionen, traten die drei Ampelmänner vor die versammelte Hauptstadtpresse und verkündeten, wie sie die Lücke zu schließen gedenken. Ein Tag wie dieser zeige, was diese Regierung zu leisten vermag, meinte Wirtschaftsminister Habeck. Die Erkenntnis für uns Bürger ist: offensichtlich nicht viel.

Denn anstatt zu priorisieren, muss ein großer Teil der Sparleistung, und das ist der billigste Trick von allen, vom Bürger erbracht werden. Getreu dem Motto, jetzt wo die Inflation nachlässt, kann er ruhig ein Päckchen zusätzlich schultern. Ich würde sagen, wir haben keine Haushaltskrise, sondern eine Entscheidungskrise.

Oder frei nach Shakespeare: „Ist es Wahnsinn auch, doch hat es Methode“.

Karlsruhe, meine Damen und Herren, hat letztlich auch ein Urteil darüber abgegeben, wie Olaf Scholz Politik macht. Sein Motto: ich weiß, wie es geht, alle anderen haben es nur noch nicht verstanden. Sicher gibt es Zauberer, aber leider lernen wir meistens nur die Lehrlinge kennen. Dabei sind die Probleme größer als er selbst, weshalb er sie auch weiträumig umgeht. Auch

Angela Merkel wurde oft Sprachlosigkeit vorgeworfen, doch verglichen mit Scholz wirkt Merkel im Rückblick beinahe redselig.

Fakt ist: Wäre das Wort nicht mittlerweile so verbraucht, müsste man von einer „Zeitenwende“ sprechen, denn das Bundesverfassungsgericht hat Scholz und seiner Regierung die Geschäftsgrundlage entzogen und klargemacht, dass seine Art zu haushalten, unzulässig ist. Dabei bestand der Vorsatz, alles anders zu machen, besser als sämtliche Koalitionen zuvor. Die Ampel sollte kein Bündnis des Formelkompromisses sein, des kleinsten gemeinsamen Nenners – stattdessen sollte jede der drei Parteien das Kernprojekt ihres Wahlprogramms umsetzen dürfen. Die SPD sollte die Sozialleistungen ausbauen dürfen, die Grünen dürften mit vielen Milliarden das Klima schützen und eine grüne Wirtschaft aufbauen.

Und die FDP konnte ihr Versprechen einhalten, dass keine Steuern erhöht werden und nach Jahren der Pandemie sollte endlich wieder die Schuldenbremse gelten.

Mit ihrer Einigung auf einen neuen Haushalt mag sich die Ampel ins neue Jahr gerettet haben. Leider hat nun auch der Letzte gemerkt, dass die Fortschrittskoalition zu einem Reparaturkombinat mutiert. Peter Sloterdijk spricht von einer Palliativ-Ökonomie, die nicht mehr von Aufstieg träumt, sondern von der Verschönerung der verbleibenden Lebenszeit.

Aber statt kraftvollen Strukturreformen für die nächsten 10 Jahre ist Durchwurschteln angesagt. Erinnern wir uns in diesem Zusammenhang ausnahmsweise noch einmal positiv an Gerhard Schröder. Er hielt diese

Transfermaschine für einen Moment in der Geschichte an, um ein paar Einstellungen zu ändern, und brachte das Land mit seiner Agenda 2010 zurück auf Kurs. Aber allein schon dieses Nachzujustieren löste bei vielen gerade in seiner Partei ein Trauma aus.

Zur Halbzeit der Legislaturperiode, meine Damen und Herren, wirkt die Regierung zerstritten und ausgelaugt. Und es verstärkt den Eindruck, dass dieses Bündnis nicht in der Lage ist, Entscheidungen zu treffen und wirtschaftlich wirklich politische Prioritäten zu setzen. Wer aber nun Hoffnungen auf alsbaldige Neuwahlen hegt, sollte bedenken, dass man in der Politik oftmals lieber das Gesicht als das Mandat verliert (oder auf Düsseldorf bezogen, um ein gut bezahltes zu erringen).

Es ist der Fluch der Zeit, dass Tolle Blinde führen (William Shakespeare).

Meine Damen und Herren, der Kampf um die Schuldenbremse hat begonnen. Aussetzen, reformieren, abschaffen. Auch eine CDU-geführte Bundesregierung wird sich damit auseinandersetzen müssen und wollen. Was mich hoffnungsvoll stimmt, dass Deutschland immer wieder gezeigt hat, dass es seine Haushalte konsolidieren kann, indem wir uns zusammenreißen und auf unsere Stärken besinnen. Eins ist aber gewiss, an einem Zurechtstutzen des aufgeblähten Sozialstaats oder zumindest an einem Moratorium für Sozialleistungen geht kein Weg vorbei, Leistung und Eigenverantwortung müssen wieder etwas gelten.

Das gilt auch für die Wirtschaft. Viele, die derzeit nach Investitionen rufen, meinen Subventionen. Der Staat kann und soll nicht überall retten, sonst wird aus dem Retter alsbald ein zu Rettender. Was die Wirtschaft aber braucht, sind verlässliche Planungsgrundlagen. Dafür müssen wir wieder lernen, Prioritäten zu setzen und den Staat auf seine Kernaufgaben beschränken. Im Grunde ist auch dies ein schöpferischer Akt ähnlich wie bei Michelangelo. Der sei einst gefragt worden, wie er seine David-Statue geschaffen habe. Seine Antwort: er habe von dem Marmorblock nur das Überflüssige entfernt. So würde aus einer Notlage ein Fitnessprogramm. Im Gegenzug sollten wir aber auch mit der Selbstkasteiung aufhören und uns nicht zum kranken Mann Europas hochstilisieren, denn im Siechenhaus der EU liegen noch weit schwerere Fälle wie Italien und Frankreich. Wen wundert's, dass aus diesen beiden Ländern die härteste

Kritik am deutschen Verständnis von Staatsverschuldung kommt, nach dem Motto: wer schuldet, ist nicht schuldig. Der größte Vorteil einer Demokratie wie unserer ist, dass es eine selbstkorrekturfähige Gesellschaft ist. Erst wenn wir diese Fähigkeit verlieren, wird es zur wirklichen Krise der Demokratie werden. Nicht nur in diesem Zusammenhang sind Klimawandel und Migration zukunftsentscheidende Krisen. Diesen Wählerängsten gilt es ernsthaft und mit einer neuen Balance zu begegnen.

Die deutsche Klima- und Energiepolitik steht im Spannungsfeld zwischen ökologischen und ökonomischen Herausforderungen, also zwischen Wald und Wallstreet. Transformierte Angebotspolitik hat der Bundeswirtschaftsminister seine Politik genannt: Makromanagement kombiniert mit

Subventionsversprechen. Es fällt jedoch auf, wie wenig die allgemein akzeptierte Wirklichkeit mit der spezifischen Realität eines Robert Habeck zusammenpasst. Wirtschaftspolitik macht man auch besser mit dem Taschenrechner als mit dem Thermometer. Ökonomisches Denken beginnt mit der Erkenntnis, dass Ressourcen, die uns zur Verfügung stehen, knapp sind. Deshalb müssen sie möglichst effizient eingesetzt werden. In der Logik unseres Wirtschaftsministers scheint es aber keine Budgetrestriktionen zu geben und Kosteneffizienz kommt nicht einmal als Wort vor. Wenn man aber einen funktionierenden Kapitalstock fortwirft, ohne die Ressourcen für einen neuen aufbringen zu können, bekommt Wirtschaftspolitik einen suizidalen Charakter. Und dass ein forcierter Klimaschutz – wie von Olaf Scholz versprochen – Wachstumsraten wie zu Wirtschaftswunderzeiten produziere, lässt sich nicht mal

im Ansatz feststellen. Statt sich zu beschleunigen, erlahmt derzeit die wirtschaftliche Dynamik.

Berthold Brecht formulierte einst: Kein Vormarsch ist so schwer wie die Rückkehr zur Vernunft.

Diese Rückkehr beginnt damit, dass wir uns ehrlich machen bei den Kosten der Energiewende. Was uns also eine CO₂-freie Energie langfristig kosten wird. Denn egal wie man es sieht, die Energiepreise werden dauerhaft erheblich höher sein als in den meisten anderen Ländern. Im Augenblick fördert die Koalition zu viele Unternehmen, die weder effizient noch wettbewerbsfähig sind. Wir brauchen eine realistische Klimapolitik mit Maß und Mitte. Investitionen lassen sich auch ohne Schulden stemmen, z.B. über eine Lenkung via CO₂-Steuer oder eine Finanzierung über den Emissionshandel. Mit

marktwirtschaftlichen Instrumenten können wir nachhaltiger, schneller und kostengünstiger ehrgeizige Klimaziele erreichen. Innovation ist wichtiger als Bürokratie. Und Bürokratie schrumpft Demokratie.

Auch besteht Deutschlands wirtschaftlicher Kern nicht in der streberhaften Absicht, fünf Jahre früher als der Rest Europas klimaneutral zu werden. Hingegen würde es den wirtschaftlichen Kern schon mal schützen, wenn wir uns den Atomausstieg gespart hätten, den wir uns ganz offensichtlich nicht leisten konnten.

Und ganz allgemein sollten wir es mit unserer Vorliebe für apokalyptische Szenarien nicht übertreiben. Denn die Wahrscheinlichkeit ist hoch, dass wir nicht die letzte, sondern nur die nächste Generation sind.

Wie kein zweites Thema ist das Thema der ungesteuerten Migration im letzten Jahr wieder auf der Liste der Sorgen unserer Bevölkerung nach oben gestiegen. Die Sorgen vor einem Verlust an Sicherheit und Überschaubarkeit gilt es, ernst zu nehmen. Unser früherer Bundespräsident Joachim Gauck hat es wie folgt auf den Punkt gebracht: „Wir müssen Spielräume entdecken, die uns zunächst unsympathisch sind, weil sie inhuman klingen“. Wer immer noch der Vorstellung anhängt, wir könnten das Elend der ganzen Welt bei uns aufnehmen, Politik und Moral vollkommen zur Deckung zu bringen, zeigt hingegen einen extremen Wirklichkeitsverlust. Die AfD, alles andere als eine Alternative für Deutschland, verdankt ihre Stärke im Wesentlichen, dass sich die Politik als unfähig erwiesen hat, auf den großen Zustrom von Migranten eine angemessene Reaktion zu finden. Deutschland ist

aufgrund bereits bestehender familiärer Bindungen, seiner Wirtschaftskraft und seines großzügigen Sozialsystems Hauptzielland regulärer Sekundärmigration wie auch unerlaubter Einreisen. Diese Anreize gilt es dringend zu reduzieren, z. B. durch Maßnahmen wie der Einstufung weiterer Staaten als sichere Herkunftsländer, Aussetzung des Familiennachzugs von Nicht-Schutzberechtigten, Transferzentren zur Rückführung an den Grenzen, um nur einige zu nennen.

Im Gegenzug müssen wir attraktiver werden für Fachkräfte aus dem Ausland. Was nicht trivial ist, denn wir bieten u.a. eine der kompliziertesten Sprachen Europas, einen katastrophalen Wohnungsmarkt, eine langsame und ineffiziente Bürokratie und zu wenig Kita-Plätze bzw. geeignete Schulen.

Aus Sicht der Wirtschaft ist das Gebot der Stunde ein Mehr an unternehmerischer Handlungsfreiheit, soll sie aus der Krise kommen und international wettbewerbsfähig bleiben. Wir brauchen dringend weniger Bürokratie, einfachere Verwaltungsverfahren und viel schnellere Genehmigungen. Gerade der Investitionsstau im Bereich der Infrastruktur ist ein deutliches Symptom dafür, dass die staatlichen Strukturen mit dem Tempo, in dem sich unsere Wirklichkeit verändert, immer weniger mithalten können. Hinzu kommen manchmal realitätsferne Vorschriften und Gesetze, mit denen eine bessere Welt herbeireguliert werden soll. Es bedarf hier auch keiner weiteren Papiere, Stellungnahmen und Analysen. Die gibt es seit Jahren zuhauf. Und es ist dabei so offensichtlich, dass es sich hier um kein Erkenntnis-, sondern um ein Umsetzungsproblem handelt.

Meine verehrten Damen und Herren, nicht nur der Bund, sondern auch die in unserem IHK-Bezirk gelegenen Kommunen haben beim Thema Haushalt zu kämpfen, denn 2024 fällt die sogenannte Bilanzierungshilfe weg als Ausnahme zum kommunalen Haushaltsrecht, die aus der Pandemie und dem Krieg gegen die Ukraine herrührenden Belastungen tragen helfen sollte. Angesichts einer überwiegend positiven bzw. sehr positiven Einnahmesituation spricht sich die regionale Wirtschaft gegen alle zusätzlichen Steuern und Abgaben aus. Bei zwei Kommunen im Kreis Mettmann betrachten wir daher die geplante Anhebung der Gewerbesteuer kritisch. Besonders da Ratingen noch eine Ausgleichsrücklage von 200 Mio Euro zur Verfügung steht und Langenfeld bisher keine Sparmaßnahmen erwogen hat. Was die Landeshauptstadt angeht, ist positiv zu vermerken, dass die Realsteuerhebesätze nicht

angehoben und dass weiterhin hohe Investitionstempo beibehalten werden sollen. Ein kleiner Wermutstropfen ist die neu eingeführte Bettensteuer. Was die Notwendigkeit von Sparrunden angeht, begegnet uns wieder das Thema Umsetzungsproblem. „We agree to disagree“ hingegen bei der vom Oberbürgermeister Dr. Keller gezogenen Option, auf zukünftige Jahresergebnisse zu setzen, die zugunsten der Stadt von den Planwerten abweichen. Mit dem Prinzip Hoffnung macht man einen Haushalt nicht wetterfest.

Sorge bereitet uns wohl allen, dass viele der großen Stadtentwicklungsprojekte in Düsseldorf zeitgleich ins Stocken geraten sind. Aber so ist das nunmal: Erst wenn die Ebbe kommt, sieht man, ob jemand eine Badehose anhat oder nicht. Aber trotz aller Schwierigkeiten

begrüßen wir, dass sich die Stadtspitze aktiv in die Diskussionen und Verhandlungen einbringt.

Zum Schluß möchte in Richtung des Oberbürgermeisters folgendes anregen: Rufen Sie einen Düsseldorfer runden Tisch zum Thema „Zukunft“ ins Leben, an dem die TOP-Entscheider aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft regelmäßig zusammenkommen, um gemeinsam Düsseldorfs Zukunft zu gestalten. Themen gibt es sicherlich genug.

Meine verehrten Damen und Herren, ein besonderes Anliegen ist es nun, mich an dieser Stelle im Namen der IHK bei unserem engagierten Ehrenamt zu bedanken, also bei den rund 2.600 ehrenamtlichen Unternehmern und Unternehmerinnen, die das Rückgrat unserer Organisation sind. Sei es durch Mitarbeit in

verschiedenen Gremien oder als ehrenamtliche Prüfer bzw. Prüferinnen. Diese Leistung hat einen Applaus verdient, denn ohne Ehrenamt ist eine IHK nicht denkbar.

Gleiches gilt aber auch für das Hauptamt. Daher möchte ich mich bei Gregor Berghausen, seinem Führungsteam, aber vor allem bei allen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen für ihre engagierte und sachkundige Arbeit bedanken. Es ist dem Präsidium und mir eine Ehre, aber vielmehr noch eine Freude, mit Ihnen die Geschicke der IHK Düsseldorf zu gestalten. Vielen Dank.

Begrüßen Sie nun mit mir unseren heutigen Gastredner Friedrich Merz. Lieber Friedrich, vielen Dank, dass Du heute Abend Zeit für uns findest und dass nach einer sicherlich sehr emotionalen Woche für Dich mit dem Begräbnis deines Freundes Wolfgang Schäuble und dem

100. Geburtstag deines Vaters. Eine Vorstellung deiner Person erübrigt sich, aber ein paar Takte zu der von dir geführten CDU und dem neuen Grundsatzprogramm möchte ich doch sagen. Ich finde, Seite für Seite dokumentiert das neue Grundsatzprogramm deine und Carsten Linnemanns Handschrift bei dem Versuch, die inhaltlich entkernte CDU vom Mehltau der früheren Vorsitzenden Angela Merkel zu befreien und entscheidende Kurskorrekturen vorzunehmen. Wo vorher ideologische Vorbehalte eine sachbezogene Offenheit verboten, regiert wieder der gesunde Menschenverstand. Es liegt nun an der Union, ihren Weg zu den Wurzeln Christdemokratischer Politik zu folgen, ohne sich dabei dem Fortschritt zu verschließen. Man kann Schmerz mögen oder nicht, aber zumindest ist es dir in Zeiten der schwindenden Volksparteien gelungen, die CDU als

solche zu halten. Mein Fazit: die CDU traut sich wieder CDU zu sein.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluß kommen. Man muss nicht in jeden Abgrund schauen, um festzustellen, dass er bodenlos ist, besonders da wir wissen, dass der Optimismus nicht gerade zu den bekanntesten Charaktereigenschaften der Deutschen zählt. Auch wissen wir, dass es mit der Bereitschaft der Deutschen zur Veränderung in etwa soweit her ist wie mit den Fähigkeiten unserer Bundeswehr, einen Krieg zu führen. Wir scheuen den Konflikt und sehnen uns nach Harmonie. Von der Politik erwarten wir jedoch zunehmend mehr, insbesondere dass sie alle Probleme und Krisen für uns schultert und löst. Und von denen gab es ja in den zurückliegenden Jahren nicht gerade wenige. Gelingt ihr das nicht, dann hat sie versagt, so die

Grundhaltung. Begleitet wird dies durch ein extrem ausgeprägtes Sicherheitsdenken, welches durch die „Deutsche Angst“ ab und zu ins Irrrationale gesteigert wird. So soll der Staat jedem Einzelnen die größtmögliche Freiheit gewähren und ihn in Ruhe lassen, doch die damit verbundenen Risiken dieser Freiheit wollen viele nicht tragen. Demokratie soll alles und darf nichts.

Es gilt den gefährlichen Cocktail aus Pessimismus und selbst verordneter Perspektivlosigkeit zu verhindern. Eine Zeit des Umbaus, der Veränderung erfordert nunmal besonders viel Kommunikation. Nur so kann gesellschaftlicher Konsens entstehen. Dieser Appell richtet sich aber nicht nur an die Politik, sondern auch an die Wirtschaft. Gerade in solchen Zeiten brauchen wir führende Köpfe der Wirtschaft, die sich über die Zukunft dieses Landes Gedanken machen, statt über ihren

Abgang in die Schweiz oder die USA. Wir brauchen eine Wirtschafts-Elite, die sich um mehr kümmert als um den Gewinn ihres Unternehmens. Wir brauchen Debatten und ja, ab und zu auch mal klare Worte. Man sollte nicht nur von der Politik eine bessere Kommunikation fordern, sondern sich selbst mit Ideen einbringen und Diskussionen anstoßen.

Schließen möchte ich mit einem Zitat von Karl Popper: „Wir können die Schöpfer unseres Schicksals werden, wenn wir aufgehört haben, uns als seine Propheten zu posieren.“

Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit.

Und nun freuen wir uns auf Friedrich Merz. Friedrich – the floor is yours...